

DABEI SEIN – am 17. Mai in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart...

Bundesweite Blockupy-Aktionen und Demonstrationen gibt es am 17.5. in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart, zeitgleich mit Protesten in europäischen Städten. Sie werden vorbereitet von Regionalbündnissen. Diese verabreden klar und öffentlich Protestformen, die allen Aktiven eine Teilnahme ermöglichen – von Kundgebungen bis zu phantasievollen, ungehorsamen Massenaktionen. Aus etlichen Städten organisieren Gruppen gemeinsame Anreisen. Und aus Köln wird schon am 15.5. ein Bus zur Kick-Off-Aktion nach Brüssel fahren. Nutzen wir die Mai-Aktionstage dafür, unsere Alternativen breit bekannt zu machen und Menschen für ein Mitstreiten zu gewinnen!

... UND IM HERBST gegen die EZB-Eröffnung!

Die EZB ist wesentlicher Teil der Troika und damit mitverantwortlich für die EU-Verarmungspolitik. Die Aktionstage sind gleichzeitig Auftakt für den Herbst, wenn Tausende mit europaweit geplanten, massenhaft ungehorsamen Aktionen die feierliche Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt blockieren werden. Auch Attac-Aktive werden wieder mit dabei sein.

Infos

Informiert Euch, kommt zu den Blockupy-Aktiventreffen!

Mehr Infos zu Blockupy: www.attac.de/blockupy

Attac TTIP-Infos: www.attac.de/ttip

Europaweite Aktionstage: <http://mayofsolidarity.org/>

Alle Blockupy-Infos zu Städten und Kampagnen:

<https://blockupy.org/>

Kontakt

Attac // Münchener Str. 48 // 60329 Frankfurt/M. // Tel.: 069-90028110 // info@attac

Spendenkonto

Attac Trägerverein e.V..

IBAN: DE57 43060967 0800100800

BIC: GENODEM 1 GLS

EUROPAWEITE AKTIONSTAGE vom 15. bis 25. Mai 2014

**in Amsterdam - Berlin - Brüssel - Bologna - Düsseldorf -
Frankfurt - Hamburg - Madrid - Neapel - Paris - Rom -
Tessaloniki - Stuttgart und weiteren Städten**



FÜR EINE DEMOKRATIE VON UNTEN!



**BLOCKUPY-PROTESTE am 17. Mai
in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart**

EUROPAWEITE AKTIONSTAGE vom 15. bis 25. Mai 2014

BLOCKUPY-PROTESTE am 17. Mai in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart

Ein Aufbruch: Vom 15. Mai (dem dritten Jahrestag der Protestbewegung der spanischen Indignados) bis zur Europawahl werden Gruppen und Netzwerke in etlichen europäischen Städten sehr laut, mit Demonstrationen und vielfältigen Aktionen gegen die EU-Verarmungs- bzw. Austeritätspolitik, gegen Demokratieabbau und Rechtspopulismus protestieren. Auch viele Aktive des Europäischen Attac-Netzwerks sind beteiligt. Wir sagen damit vor der Wahl: Ein ganz anderes, solidarisches Europa kommt von unten – „Solidarity beyond borders – Building democracy from below!“

Die Aktionstage zeigen die katastrophalen Folgen der EU-Krisenpolitik auf und benennen die Profiteure. Europaweit beteiligt sind viele Netzwerke, Organisationen und Gruppen – u.a. Gewerkschafter_innen und Minijobber_innen, Erwerbslose, von Zwangsäumung Betroffene, Feminist_innen, Jugendliche, Geflüchtete und Migrant_innen, Friedens- und UmweltaktivistInnen, Mitglieder kommunaler Initiativen, Gesundheits- und Bildungsarbeiter_innen.

Auftakt wird in Brüssel die Umzingelung eines großen Wirtschaftslobby-Treffens sein. Ein zentrales Thema dort: das „Transatlantischen Freihandelsabkommen“ TTIP. Weiter geht es mit Aktionen und Demonstrationen in einer Reihe großer europäischer Städte. Und zu den bundesweiten Blockupy-Protesten am 17.5. werden viele Gruppen und Aktivist_innen nach Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart fahren.

SOLIDARITY BEYOND BORDERS...

Schulden streichen, soziale Rechte und gute Arbeit durchsetzen, Gemeingüter zurückgewinnen!

Die EU-Krisenpolitik will angeblich öffentliche Haushalte stabilisieren, tatsächlich sichert sie große Investitionen, Standortkonkurrenz und neue Absatzmärkte. Die in den letzten Jahren geschaffenen Instrumente von „Schuldenbremsen“, „Stabilitätsfonds“, Fiskal- und Wettbewerbspakten überlässt die meisten Menschen in ihrem Alltag sozialer Unsicherheit und zunehmender materieller Not. Diese sogenannte „Austeritätspolitik“ tötet.

Was in Südeuropa geschieht, dient dabei als Modell für den neoliberalen und autoritären Umbau ganz Europas. Unter dem Einfluss der Bundesregierung zwingt die „Troika“ aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds europäischen „Krisenländern“ Strukturanpassungsprogramme auf, die denen ähneln, die schon in den 80er-Jahren Länder der „Dritten Welt“ ausplünderten: soziale Einschnitte und öffentliche Sparprogramme, Privatisierung und

Deregulierung. Folgen sind drastische Lohn- und Rentenkürzungen, massive Jugendarbeitslosigkeit, Schließung von Krankenhäuser und Schulen. Aber auch in der Bundesrepublik brauchen immer mehr Menschen Zweit- und Drittjobs, verarmten Kommunen, werden Wasser und Dienstleistungen privatisiert, Wohnungen zwangsgeräumt und Investitionen in umweltschädliche Großprojekte rücksichtslos durchgesetzt. Die Schulden der einen sind die Vermögen der anderen.

Die europaweiten Aktionstage bringen den Protest dagegen unüberhörbar auf die Straße – auch in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart. Hunderttausende in Europa – zuletzt am 22. März in Madrid über eine Million Menschen – sagen: „Wir zahlen nicht für Eure Krise – We don't owe, we won't pay!“ Wir streiten dafür, soziale Rechte und gute Arbeitsbedingungen durchzusetzen und die Gemeingüter/Commons – Gesundheit, Bildung, Wasser, Energieversorgung, kommunale Dienstleistungen – der kapitalistischen Verwertung zu entreißen.

... BUILDING DEMOCRACY FROM BELOW!

Demokratie erkämpfen - gegen jeden Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus!

Die EU-Krisenpolitik wird zunehmend autoritär durchgesetzt, Wirtschaftslobbys bekommen mehr Einfluss. Die Regierungen der EU gefährden damit die Chancen für ein solidarisches und demokratisches Europa. Auf dem Boden dieser Politik bekommen rechtspopulistische Parteien wie die AfD überall Zulauf. Diese Parteien bedienen diffuse Ängste, propagieren die Abschottung des Nationalstaats im Interesse von „Volk, Familie, Elite“ und richten sich gegen alle, die für „unsere“ Wirtschaft unnütz erscheinen; das können dann wahlweise Südeuropäer_innen, Geflüchtete und Migrant_innen oder Erwerbslose sein. Mit den Dublin-Richtlinien und dem tödlichen Frontex-Regime schottet sich die EU gegen die Folgen ihrer eigenen Wirtschafts- und Handelspolitik ab. Rassistische Ausgrenzung und Entrechtung nehmen zu.

Die europaweiten Aktionstage und die Blockupy-Proteste setzten dagegen ein klares Zeichen. Wir sagen: Demokratie kommt aus unseren solidarischen Kämpfen über alle Grenzen hinweg. Wir streiten gemeinsam europaweit gegen Verarmungspolitik, soziale Ausbeutung und Lobbymacht – und damit immer auch gegen jede Form von Nationalismus und Rassismus.

Um Verteidigung der Demokratie geht es auch beim Start der Aktionstage in Brüssel. Mit Gewerkschaften und Umweltorganisationen in Europa und den USA sagen wir: Die TTIP-Verhandlungen hinter verschlossenen Türen gefährden demokratische, soziale und ökologische Rechte und gehen auf Kosten des Globalen Südens.